

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

135. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. August 2004, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

in Vertretung von Renate Gröpel

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in Vertretung von Monika Heinold

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Evaluierung der Modernisierung der Parlamentarischen Dienste des Landtages	4
2. Veräußerung der Kommanditanteile an der GmbH & Co. KG NordwestLotto Schleswig-Holstein	6
Antrag der Landesregierung Drucksache 15/3439	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3467	
3. Entwurf eines Gesetzes über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3342	
4. Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im Zeitraum Januar bis Juni 2004 Ländervergleich für das 1. Halbjahr 2004 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2003	8
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/4713	
5. Outsourcing des Bekleidungswesens der Landespolizei Schleswig-Holstein	9
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/4640	
6. Entwicklung der Frühpensionierungen im Jahr 2003	10
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/4642	
7. Information/Kenntnisnahme	11
8. Verschiedenes	12

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Evaluierung der Modernisierung der Parlamentarischen Dienste des Landtages

Landtagsdirektor Dr. Schöning gibt einen Zwischenbericht über die Umsetzung der im Zuge der Evaluierung der Modernisierung der Parlamentarischen Dienste vom Gutachter empfohlene „Maßnahme“, die bis Ende der Legislaturperiode abgeschlossen sein sollten. Die externe Untersuchung der Parlamentarischen Dienste im Jahr 2001 habe 103.000 DM, die Evaluierung der Modernisierungsmaßnahme 2003/04 25.000 € gekostet. Die Unternehmensberatung komme zu dem Ergebnis, dass die bisher im Zuge der Modernisierung der Parlamentarischen Dienste durchgeführten Maßnahmen ein Schritt in die richtige Richtung gewesen seien und die strukturellen Veränderungen die Voraussetzungen für eine verbesserte Service-Orientierung der Landtagsverwaltung geschaffen und diese bereits nachweisbar verbessert hätten.

Vorrangiger Handlungsbedarf bestehe im Stenographischen Dienst und in der Ausschussgeschäftsführung: Das so genannte Schleswig-Holstein-Modell - Protokollführung und Ausschussgeschäftsführung in einer Hand - habe sich als außerordentlich effizient bewährt und solle fortgeführt werden, die fachspezifische Beratungskompetenz und fachliche Qualifizierung der Ausschussgeschäftsführer solle ausgebaut werden, die unübertroffene Qualität des vorläufigen und amtlichen Plenarprotokolls erhalten bleiben und eine vakante Stelle in Kürze besetzt werden. Zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der Ausschüsse habe er ebenso eine Arbeitsgruppe eingesetzt wie zur Förderung von Service-Orientierung und Teamarbeit in den Parlamentarischen Diensten. Über die Ansiedlung des Europareferats werde aufgrund zunehmender Anforderungen an die Landesparlamente (Stichworte „Föderalismusreform“ und „Europafähigkeit“) zum Ende der Wahlperiode entschieden. Für die Zuarbeit für den Ausschuss der Regionen stehe eine halbe BAT-II-a-Stelle zur Verfügung.

Zur Umsetzung der Maßnahmen solle kein weiterer externer Sachverstand herangezogen werden; auch auf die Erstellung eines neuen Leitbildes der Landtagsverwaltung könne mit Blick auf die im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Dienstordnung im Jahre 1999 geführte Grundsatzdiskussion verzichtet werden. Zu den vom Gutachter gemachten Anregun-

gen für künftige Weiterentwicklungen (Abteilungsstrukturen, Leitungsebene, Justizariat) werde der Landtagspräsident dem Ältestenrat zum Ende der Wahlperiode Empfehlungen vorlegen.

Abg. Wiegard bittet darum, die Diskussion über die Organisation der Landtagsverwaltung mit den Parlamentarischen Geschäftsführern und dem Ältestenrat auf der Grundlage vergleichender Daten anderer Landtagsverwaltungen zu führen.

Landtagsdirektor Dr. Schöning weist darauf hin, dass man die Modernisierungsmaßnahmen aus Gründen der Akzeptanz auf eine möglichst breite Grundlage stellen wollen. Durch die regelmäßigen Direktoren- und Präsidentenkonferenzen sei ein Kenntnis- und Erfahrungsaustausch gewährleistet. Von 16 Landesparlamenten unterhielten nur drei Parlamentsverwaltungen drei Abteilungen. Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg bekräftigt er den Willen, die Europafähigkeit der Verwaltung so früh wie möglich zu optimieren, um den steigenden Anforderungen der Politik auf diesem Gebiet gerecht werden zu können.

Die Vorsitzende setzt sich für eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Landtages und insbesondere der Ausschüsse sowie zusammen mit Abg. Fröhlich für eine angemessene Personalausstattung des Stenographischen und Ausschussdienstes ein.

P Dr. Altmann bittet darum, dem Landesrechnungshof, der seinerzeit eine Organisationsuntersuchung des Landtages durchgeführt habe, die Vorlagen zur Evaluierung der Modernisierung der Parlamentarischen Dienste zuzuleiten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht von Landtagsdirektor Dr. Schöning zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Veräußerung der Kommanditanteile an der GmbH & Co. KG Nordwest-Lotto Schleswig-Holstein

Antrag der Landesregierung
Drucksache 15/3439

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3467

(überwiesen am 26. Mai 2004)

hierzu: interne Umdrucke 15/4716, 15/4783 und 15/4833

M Dr. Stegner nimmt zu den vom Landesrechnungshof mit Umdruck 15/4783 aufgeworfenen Fragen Stellung (Umdruck 15/4833).

Abg. Arp äußert, die Bedenken der CDU gegen die Vorgehensweise der Landesregierung würden durch die Stellungnahme des Landesrechnungshofs, Umdruck 15/4783, bestätigt. Die CDU lehne den Antrag der Landesregierung, durch den die Zukunft der Investitionsbank gefährdet und EU-Recht tangiert werde, ab und favorisiere eine komplette Privatisierung von Lotto.

Auch Abg. Dr. Garg fühlt sich nach eigener Aussage durch die Stellungnahme des Landesrechnungshofs in seiner Auffassung bestätigt. Die FDP habe immer eine echte Privatisierung gefordert. Er möchte wissen, ob die Landesregierung eine Stellungnahme der EU-Kommission zu ihrem Vorhaben eingeholt habe.

Abg. Neugebauer äußert, nach sorgfältiger Abwägung der Ausführungen des Landesrechnungshofs und der Landesregierung unterstütze die SPD die Position der Landesregierung und akzeptiere, dass der Finanzminister die technischen Voraussetzungen dafür schaffe, die im Landeshaushalt vorgesehene Einnahme in diesem Jahr generieren zu können.

Abg. Spoorendonk bittet die Landesregierung, die Frage der Vereinbarkeit mit EU-Recht noch einmal zu vertiefen.

Abg. Fröhlich bittet die Landesregierung, die Vorteile einer Veräußerung an die Investitionsbank gegenüber einer „echten“ Privatisierung darzustellen.

M Dr. Stegner betont, dass die Landesregierung das geltende Haushaltsgesetz zu vollziehen habe. Nicht nur die Koalition, sondern offenkundig auch der Landesrechnungshof wolle, dass Lotto eine öffentliche Aufgabe bleibe. In Sachen EU-Recht habe man sich mit dem zuständigen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Herrn Koch-Weser, abgesprochen.

P Dr. Altmann unterstreicht das Bemühen des Landesrechnungshofs, mit seiner Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen sine ira et studio das Verfahren transparent zu machen und dem Landtag eine Entscheidungshilfe zu geben. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit EU-Recht habe man auf die Gefahr aufmerksam machen wollen, dass möglicherweise wettbewerbsrechtlich problematische Implikationen entstünden.

Abg. Wiegard erinnert daran, dass der Verkauf der Lotto-Gesellschaft schon einmal verschoben worden sei, und kritisiert, dass die Landesregierung den Erlös des Verkaufs „verfrühstücke“, um den laufenden Haushalt zu retten, und Einnahmen des Landes in der Zukunft reduziere.

Der Ausschuss kommt überein, die Beschlussfassung über die Anträge Drucksachen 15/3439 und 15/3467 sowie über den

Geszentwurf der Landesregierung über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten, Drucksache 15/3342 - Tagesordnungspunkt 3 -

auf die nächste Sitzung zu vertagen. Die Vorlagen sollen zusammen in der September-Tagung des Landtages in zweiter Lesung verabschiedet werden. Nichtsdestotrotz bittet der Finanzausschuss den Landtag, an der in der kommenden Woche vorgesehenen Plenardebatte über die beabsichtigte Veräußerung von NordwestLotto festzuhalten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im Zeitraum
Januar bis Juni 2004**

**Ländervergleich für das 1. Halbjahr 2004 im Vergleich zum
1. Halbjahr 2003**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/4713

Abg. Wiegard bezeichnet die Entwicklung des örtlichen Steueraufkommens, die in Schleswig-Holstein deutlich schlechter verlaufe als in anderen Bundesländern, als „dramatisch“ und fragt die Landesregierung, wie sie auf die Mindereinnahmen im dreistelligen Millionenbereich reagieren wolle. Er bittet die Landesregierung, den Finanzausschuss sowohl über den Haushaltsvollzug im ersten Halbjahr 2004 als auch über die finanziellen Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Land und Kommunen zu unterrichten.

St Döring macht darauf aufmerksam, dass in den vorgelegten Zahlen Basiseffekte zum Tragen kämen, und äußert, die Landesregierung gehe davon aus, dass die im Haushalt veranschlagte Steigerung der Einnahmen von 1,5 % erreicht werde. Allerdings habe man auch im Juli bei den Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahresmonat ein Minus von gut 5 % zu verzeichnen.

Abg. Dr. Garg stellt fest, dass die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins weiterhin der anderer Bundesländer hinterherhinke und sich die angebliche Gründerwelle in der Steuerkraft des Landes nicht niederschlage. Hinsichtlich des Berichts der Landesregierung über die Auswirkungen von Hartz IV bittet er darum, eine Berechnung mit und eine Berechnung ohne Quotales System anzustellen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Outsourcing des Bekleidungswesens der Landespolizei Schleswig-Holstein

Vorlage des Innenministeriums

Umdruck 15/4640

Der Ausschuss kritisiert, dass das neue Verfahren laut Vorlage im Jahr 2005 zu Haushaltsmehrbelastungen in Höhe von circa 460.000 € und erst ab dem Jahr 2011 zu Haushaltseinsparungen führt, und erwartet, dass mit einer Umstellung des Systems von Beginn an spürbare Haushaltsentlastungen verbunden sind und die Hausspitze in der nächsten Finanzausschusssitzung auf der Grundlage einer neuen, detaillierten Vorlage die Mehr- beziehungsweise Minderausgaben erläutert und die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme belegt.

RL Dr. Wulff begründet die vorübergehenden Mehrausgaben mit Personal- und Mietkosten, die nur sukzessive zurückgeführt werden könnten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwicklung der Frühpensionierungen im Jahr 2003

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/4642

Abg. Neugebauer begrüßt die Zahl der Entwicklung der Frühpensionierungen und bittet die Landesregierung, an der Berichterstattung gegenüber dem Finanzausschuss zum 1. Juli jedes Jahres festzuhalten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

- Umdruck 15/4639 - Abweichungen in der Ausführung von Baumaßnahmen
- Umdruck 15/4641 - Soziale Wohnraumförderung 2004
- Umdruck 15/4645 - Pflegesatzverfahren bei der Eingliederungshilfe
- Umdruck 15/4686 - Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Umdruck 15/4687 - Subventionsbericht
- Umdruck 15/4688 - Beihilfeverordnung
- Umdruck 15/4689 - Kulturstiftung
- Umdruck 15/4690 - Kredite, Finanzderivate, Schulden
- Umdruck 15/4710 - Internatsschule für Hörgeschädigte
- Umdruck 15/4711 - Veränderungen im Stellenplan des Einzelplans 03
- Umdruck 15/4712 - Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste
- Umdruck 15/4714 - Haushaltsführung in den Haushaltsjahren 2004/2005
- Umdruck 15/4723 - Wirtschaftsplan 2004 des Uniklinikums
- Umdruck 15/4724 - Verwaltungsvereinbarungen Städtebauförderung 2004
- Umdruck 15/4764 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben II/2004

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen der Landesregierung zur Kenntnis. Im Zusammenhang mit Umdruck 15/4723 - Wirtschaftsplan des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein - bittet der Finanzausschuss das Bildungsministerium, unverzüglich einen schriftlichen Bericht über die wirtschaftliche Lage des Universitätsklinikums vorzulegen. Die Umdrucke 15/4645 und 15/4689 werden der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ zur Beratung überwiesen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ wird die Voten zu den Bemerkungen 2004 des Landesrechnungshofs am 2. September 2004 behandeln. Außerdem sollen sich deren Mitglieder auf einen Termin für die Prüfung der Rechnung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2002 verständigen.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer